



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Ausschusses für Kultur,  
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde  
am 29.09.2015, 18:15 Uhr,  
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,  
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 01.09.2015
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen der Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Information und Diskussion zur Flüchtlingslage im Barnim/Eberswalde
11. Information und Diskussion zum Frauenhaus (für frauen e. V.) - Tätigkeitsbericht
12. Information und Diskussion zur Freiwilligenagentur Eberswalde - Tätigkeitsbericht

13. Information und Diskussion zum Lärmgutachten Kulturbahnhof Finow

14. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, Frau Dr. Pischel eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Frau Dr. Pischel stellt fest:

- dass form- und fristgerecht geladen wurde,
- 9 von 10 Mitgliedern anwesend sind, Frau Schostan etwas später kommt
- der Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration beschlussfähig ist
- keine Einwendungen

## **TOP 3**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 01.09.2015**

Herr Dr. Spangenberg:

- hat keine Einwendungen zur Niederschrift vom 01.09.2015
- äußert aber lobende Worte zur Gestaltung der Niederschrift

Herr Wrase:

- legt einen Einwand zur Niederschrift bezüglich des Ankaufes eines Bildes des Malers Professor Wilhelm Freund ein
- hat in der Sitzung am 01.09.2015 seine Zustimmung zum Ankauf nicht erteilt, weil er das Bild vorher nicht gesehen hat
- somit ist das Ergebnis der Abstimmung nicht einstimmig sondern mehrheitlich

Frau Dr. Pischel:

- stimmt Herrn Wrase zu und bittet um Abstimmung zu den Einwendungen  
Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Dr. Pischel:

- sagt an, dass der TOP 11 ausfallen muss, da die Kollegin erkrankt ist
- lässt zur Tagesordnung abstimmen
- der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt

## **TOP 5**

### **Informationen der Vorsitzenden**

keine Informationen

## **TOP 6**

### **Einwohnerfragestunde**

keine Einwohneranfragen

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

Herr Gatzlaff:

- informiert, dass wieder Informationsmaterial zu kulturellen Veranstaltungen auf den Tischen ausliegt und hofft, dass von den Anwesenden sowie Freunden und Kollegen recht viele Veranstaltungen besucht werden
- gibt bekannt, dass die „Provinziale“ vom 03. – 10. Oktober stattfindet
- informiert, dass der Mühle e. V. voraussichtlich im November die Sanierungsarbeiten abschließen wird und ab Frühjahr 2016 der Betrieb auch im Dachgeschoss durchgeführt werden kann; Kontakt zum Mühle e. V. erfolgt über Frau Brodmann oder das Kulturamt
- sagt weiter, dass aus der Reihe „Tohuwabohu – Anstiftungen zu Vielfalt und Verstehen“ ein Projekt unter dem Namen „Guter Flüchtling – Böser Flüchtling“ zur Situation der Sinti und Roma am 14.10.2015 in der Stadtbibliothek durchgeführt wird
- aus Anlass des 70. Geburtstages der Stadtbibliothek wird ab April 2016 eine Veranstaltungsreihe durchgeführt werden
- erinnert daran, dass die Bundesvereinigung der Orchesterverbände am 8. und 9.10. tagt und die endgültige Entscheidung über die Spielorte noch getroffen wird; der Termin ist bewusst auf das Filmfest gelegt, um Festivalstimmung zu vermitteln
- informiert weiter, dass ein Gespräch zur Problematik des Studentenclubs stattgefunden hat; der Verein wird weiter bestehen, jedoch steht die Frage, ob Partys und Konzerte ausgelagert werden müssen und wohin;
- Auflagen aus der Baugenehmigung sind ähnlich wie beim Kulturbahnhof, also 45 dB

ab 22.00 Uhr und die Nachtruhe ist einzuhalten; Kontakt mit dem Präsidenten der Fachhochschule;

- bemerkt, dass der Ratskeller eine Möglichkeit wäre, den Studentenclub unterzubringen, jedoch steht die Sanierung des Ratskellers dringend an erster Stelle
- ausführliche Informationen zum Ratskeller gibt es am 06.10.2015 im Bauausschuss

## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

- keine

## **TOP 9**

### **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

Herr Dr. Spangenberg:

- weist auf die Meinung der Fraktion hin, die zum Budget für das Stadtfest FinE 2016 Stellung nimmt und auf den Tischen ausliegt
- meint, dass statt auswärtiger Akteure mehr Akteure aus der Region einbezogen werden sollten
- unterbreitet der Verwaltung den Vorschlag, eine(n) Koordinator/in für Flüchtlingsangelegenheiten einzustellen
- meint, dass es gut wäre, die vorgesehenen Informationen aus der Stadtverwaltung künftig vorab in der Tagesordnung anzugeben, damit sich die Bürger auch auf die Einwohnerfragestunde vorbereiten können
- bemängelt die Einschränkung der Öffnungszeiten der Kantine im BBZ
- erinnert daran, dass die Kantine ein wichtiges Argument für die Gestaltung des BBZ war
- sagt, falls der jetzige Träger mit dem Freiwilligendienst die Aufgabe nicht schafft, dass man sich eventuell nach einem anderen Träger umschauen sollte

Frau Dr. Pischel:

- gibt den Hinweis, dass auf der Tagesordnung zusätzlich vermerkt werden sollte, wer als Gast zu einem bestimmten Thema erwartet wird

Herr Gatzlaff:

- bemerkt, dass die Stellungnahme der Fraktion Alternatives Wählerbündnis vorliegt
- erläutert die Bezeichnung „Walking Act“ und präsentiert Bilder dazu (Anlage)
- gibt zu bedenken, dass diese Walking Acts eine Bereicherung für so ein Fest sind

- beantwortet die Frage zum Flüchtlingskoordinator dahingehend, dass in der Stadtverwaltung ein Stab für Flüchtlingshilfe gegründet wurde
- sagt, dass der Stab heute getagt hat und geklärt worden ist, wie die Stadtverwaltung Aufklärungsarbeit leisten kann
- informiert, dass der Kontakt zur Einrichtung in der Eisenbahnstraße durch Frau Bunge und Frau Forster ständig gepflegt wird und es wird überlegt, welche Unterstützung den Beiden gegeben werden kann
- erwähnt, dass bisher viele freiwillige Helfer sehr engagiert geholfen haben
- sagt weiter, dass die Stadt oft sehr schnell und unkompliziert handeln muss
- bemerkt, dass zum TOP Informationen aus der Stadtverwaltung größere Themen dazugeschrieben werden
- zum Thema Kantine im BBZ sagt Herr Gatzlaff, dass diese bisher nicht so genutzt wurde und ein Wechsel des Trägers mangels Aussicht auf Erfolg nicht sinnvoll wäre (Volkssolidarität bemüht sich)
- erklärt zusammenfassend, dass in diesem Fall die Nachfrage das Angebot regelt, wenn es anders herum nicht klappt; somit wäre eine Erweiterung der Öffnungszeiten zu einem späteren Zeitpunkt eventuell möglich

Herr Ortel:

- merkt an, dass beispielsweise im AWF nur bei wichtigen Themen mit Stabstrichen in der Tagesordnung gearbeitet wird

Herr Dr. Spangenberg:

- versteht die Ausführungen von Herrn Gatzlaff nicht
- meint, dass gerade in den Abendstunden wenn Ausschusssitzungen sind, die Kantine länger geöffnet sein sollte

Herr Gatzlaff:

- legt dar, dass die verlängerten Öffnungszeiten bis 18.30 Uhr getestet wurden und kaum Umsatz zu verzeichnen war; somit wurde Einigung erzielt und die Öffnungszeiten bis 16.30 Uhr festgelegt
- hält für unwahrscheinlich, dass nach den Ausschusssitzungen so viele Abgeordnete länger bleiben, so dass sich eine Öffnung der Kantine lohnt

Frau Dr. Pischel:

- unterbreitet den Vorschlag, in anderen Ausschüssen nachzufragen, ob der Bedarf da wäre, um erneut über die Problematik der verlängerten Öffnungszeiten zu diskutieren

Herr Trieloff:

- merkt an, dass es der Klärung bedarf, ob es ein Café ist, welches auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht oder eine Kantine, um Irritationen über das Nutzungsverhalten auszuräumen

## **TOP 10**

### **Information und Diskussion zur Flüchtlingslage im Barnim/Eberswalde**

Frau Dr. Pischel:

- begrüßt als Gast Frau Bierwirth von der Kontaktstelle Asyl des Landkreises Barnim

Herr Gatzlaff:

- schlägt vor, nur Ergänzungen und Fragen zu klären, da bereits Frau Ulonska in der Stadtverordnetenversammlung am 24.09. über die Flüchtlingslage berichtet hat

Herr Trieloff:

- vertritt die Meinung, dass Frau Bierwirth ein paar einleitende Worte sagen sollte, weil eine Aktualisierung vorteilhaft wäre

Frau Dr. Pischel:

- stimmt dem zu

Frau Oehler:

- meint ebenfalls, da nicht alle der hier Anwesenden an der Sitzung der StVV teilgenommen haben, ausführlicher zu berichten

Frau Dr. Pischel:

- lässt über das Rederecht für Frau Bierwirth abstimmen
- Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Frau Bierwirth:

- trägt eine gekürzte Variante der Präsentation über die Flüchtlingslage in Eberswalde vor

Frau Dr. Pischel:

- bedankt sich bei Frau Bierwirth für die Ausführungen

Herr Neumann:

- informiert über verschiedene Initiativen des Runden Tisches der Willkommenskultur
- vertritt die Meinung, dass Zelte für die Flüchtlinge in Eberswalde überhaupt nicht in Frage kommen, da genügend leerstehende Wohnungen und Objekte vorhanden sind
- informiert über ein Projekt, welches von Frau Bunge und Frau Johne unterstützt wird, wo elektrische Geräte abgegeben werden können, die an Flüchtlinge weitervermittelt werden; es gibt auch schon eine freiwillige Person, die sich für diese Aufgabe bereit-erklärt hat; Problem ist nur die Räumlichkeit

Herr Dr. Spangenberg:

- beantragt das Rederecht (lt. Geschäftsordnung) für einen betroffenen Bürger aus dem Brandenburgischen Viertel – Herrn Carsten Zinn

Frau Dr. Pischel:

- lässt zum Rederecht für Herrn Zinn abstimmen
- Abstimmungsergebnis: mehrheitlich dafür

Herr Zinn:

- kritisiert, dass bisher versäumt wurde, die Bürger des Brandenburgischen Viertels über die Flüchtlingsproblematik zu informieren
- korrigiert die Ausführungen von Frau Bierwirth, dass bei den Hausnummern 45 bis 59 die Rede von 2 Wohnblöcken ist und nicht von einem
- merkt an, dass zu wenig Informationen von den einzelnen Wohnungsgesellschaften kommen (Bsp. AWO oder TAG Wohnen)
- meint, dass die Vereine nicht mit genügend Personal abgesichert sind
- warnt davor, dass die Einwohner des BBV außen vor gelassen werden

Frau Dr. Pischel:

- merkt an, dass die Möglichkeit von Anfragen in der StVV gegeben war
- stellt fest, dass Herr Zinn als Stadtverordneter im Ausschuss kein Rederecht hat und somit die Abstimmung zum Rederecht gerechtfertigt war

Frau Röder:

- stellt die Frage an Frau Bierwirth, warum der Träger häufig die evangelische Jugend ist

Frau Bierwirth:

- antwortet darauf, dass mit der EJV sehr gute Erfahrungen gemacht wurden auch bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Landkreis

Frau Röder:

- richtet die Frage an Herrn Gatzlaff, welche Befürchtungen von den Einwohnern kommen

Herr Gatzlaff:

- informiert, dass die Anfragen der Einwohner sehr unterschiedlich sind, sie reichen von Angeboten zur Hilfe über versteckte Ängste bis hin zum Hass gegenüber Flüchtlingen
- sagt weiter, dass dies eine Ausnahmesituation ist, die nicht vorhersehbar war
- geht speziell auf den Brief einer Bürgerin ein, die ihre Ängste und Befürchtungen geäußert hat; ermutigt auch, alle negativen Gedanken über Bord zu werfen und diese Herausforderung gemeinsam anzugehen

Herr Trieloff:

- richtet die Frage an Frau Bierwirth, ob durch die Finanzierung der Flüchtlinge zusätzlich Personal im Landkreis eingestellt wird und ob die Kommunen, speziell der Barnim und die Stadt Eberswalde auch von dem Geld profitieren, da sie bisher nicht an den finanziellen Mitteln vom Bund beteiligt wurden

Frau Bierwirth:

- kann noch keine konkreten Zahlen nennen, da das Gesetzespaket derzeit erst im Bundeskabinett verabschiedet und im November im Bundestag beschlossen wird

Herr Trieloff:

- drückt die Hoffnung aus, dass auch Informationen vom Landkreis gegeben werden

Frau Bierwirth:

- entgegnet dem, dass diese Informationen über den Landtagsabgeordneten, Herrn Kurth (welcher als Gast an der heutigen Sitzung teilnimmt) kommen werden und das Geld dann auch dem Landkreis im Verhältnis 1 : 1 zugeteilt wird

Herr Ortel:

- stellt fest, dass das Geld einerseits wichtig ist, aber auch Arbeit und Beschäftigung für die Integration entscheidend sind
- möchte von Frau Bierwirth wissen, wie der Prozess der Integration begleitet wird und ob es eine Arbeitsgruppe dazu gibt

Frau Bierwirth:

- sagt, dass es eine Arbeitsgruppe geben soll, die die Beratung der Flüchtlinge übernimmt
- informiert weiter, dass es die Möglichkeit geben wird, dass Flüchtlinge ein Praktikum machen können
- weist darauf hin, dass eng mit der Ausländerbehörde zusammengearbeitet werden muss und wenn das Konzept steht, wird Herr Bockhardt dazu einladen

Frau Schostan:

- möchte wissen, wie das Verhältnis bei 2100 Personen ist, wie viel Erwachsene und wie viel Kinder und ob die Kinder in Kitas untergebracht sind, wenn die Eltern einer Beschäftigung nachgehen

Frau Bierwirth:

- sagt, dass ca. 80 % Männer sind und der Rest Frauen und Kinder
- ergänzt weiter, dass die größeren Kinder speziell in den Willkommensklassen integriert werden und separaten Deutschunterricht erhalten; dass es aber einen Mangel an Lehrern gibt, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten

Herr Gatzlaff:

- sagt hierzu, dass die Unterbringung der Kinder in Kitas noch nicht im Vordergrund steht, da die Frauen selbst ihre Kinder beaufsichtigen und die Männer einer Beschäftigung nachgehen

Frau Bierwirth:

- merkt an, dass die Mütter ihre Kinder nur ungern in die Obhut Fremder geben, sondern ihre Kinder mitnehmen, wenn sie z. B. am Sprachkurs teilnehmen
- ergänzt dazu, dass in Wandlitz ein Projekt läuft, wo Gymnasiasten während dieser Zeit die Kinder betreuen

Herr Buschbeck:

- fragt, ob in Eberswalde genügend Wohnungen nach SGB XII zur Verfügung stehen
- möchte wissen, wie die Deutschkurse von den Flüchtlingen angenommen werden und wie die medizinische Versorgung, insbesondere mit Impfstoffen abgesichert ist

Frau Bierwirth:

- informiert, dass die Wohnungen nach den Richtlinien des SGB XII vergeben werden und auch die Einrichtung mit Möbeln erfolgt genauso wie bei den Sozialhilfeempfängern mit einer Grundausstattung, weitere Sachen müssen sich die Flüchtlinge selbst kaufen
- sagt, dass es Wartelisten für die Sprachkurse gibt, weil die Flüchtlinge wissen, dass die deutsche Sprache für sie sehr wichtig ist, wenn sie hier arbeiten und bleiben wollen
- weist darauf hin, dass die Deutschkurse denen vorbehalten sind, die eine gute Bleibeproggnose haben
- bestätigt, dass die medizinische Versorgung ein Problem ist, welches nicht alleine durch den Landkreis gelöst werden kann; Unterstützung von der GLG ist erforderlich

Herr Neumann:

- merkt an, dass in den Kitas im BBV bereits gute Erfahrungen mit der Integration von Kindern unterschiedlicher Hautfarben gemacht wurden

Herr Roedel:

- informiert, dass die Bürger in der Einwohnerversammlung Finow ihre Ängste geäußert haben bezüglich der Vergabe der Kitaplätze und der ärztlichen Versorgung und zeigt auch Verständnis dafür

## **TOP 11**

### **Information und Diskussion zum Frauenhaus (für frauen e. V.) - Tätigkeitsbericht**

Die Information zum Frauenhaus entfällt, da die Kollegin erkrankt ist.

## TOP 12

### Information und Diskussion zur Freiwilligenagentur Eberswalde - Tätigkeitsbericht

Frau Dr. Pischel:

- begrüßt zum TOP Informationen zur Freiwilligenagentur Frau Schmidt von der Agentur und lässt zum Rederecht abstimmen – Abstimmung erfolgt einstimmig

Frau Schmidt:

- begrüßt die Anwesenden und informiert darüber, dass das Interesse an der freiwilligen Tätigkeit sehr zugenommen hat und dass die Sprechstunden dazu im Amadeu-Antonio-Haus stattfinden
- sagt, dass 85 Angebote bei 69 Trägern, Institutionen Bildungseinrichtungen vorliegen
- merkt an, dass der Trend dahingeht, dass auch immer mehr Arbeitssuchende eine Chance darin sehen, ihr Alltagsleben zu bereichern und einen neuen Weg suchen, um ins Berufsleben zurückzufinden
- bemerkt weiter, dass auch Flüchtlinge gekommen sind und ehrenamtlich arbeiten, um anderen Flüchtlingen zu helfen
- erzählt von einem Flüchtling aus Somalia, der seit einiger Zeit in der Zainhammer Mühle bei der Sanierung hilft und als 1. Flüchtling im Bundesfreiwilligendienst tätig ist
- sagt weiter, dass auch eine freiwillige Kindergärtnerin aus Somalia an einen gemeinnützigen Träger vermittelt werden konnte
- appelliert an die Anwesenden, dass auch englisch sprechende Flüchtlinge zur Unterstützung an gemeinnützige Träger vermittelt werden können
- weist auf den Freiwilligentag hin, der immer an dem Wochenende vor Himmelfahrt stattfindet
- informiert über ein geplantes Projekt, in dem Patenschaften für Schulkinder, Eltern und auch Lehrer übernommen werden können
- meint, dass es sehr hilfreich ist, mit anderen Freiwilligenagenturen zusammenzuarbeiten und es eine gute Chance ist, durch die Freiwilligenarbeit am sozialen Leben teilzunehmen
- stellt abschließend 2 Flyer der Freiwilligenagentur vor

Herr Trieloff:

- bedankt sich für die gute Arbeit der Freiwilligen und macht Mut für die Herausforderung der vielen neuen Aufgaben

Frau Dr. Hoffmann:

- fragt an, wie diese vielen Aufgaben mit 20 Stunden zu schaffen sind

Frau Schmidt

- antwortet darauf, dass eine Aufstockung der Stelle geplant ist

Frau Röder:

- stimmt dieser Bemerkung zu und richtet das Wort an die Verwaltung, Gelder zu akquirieren, um die Stelle aufzustocken

Herr Dr. Spangenberg:

- bezieht sich auf die Geschäftsordnung und weist darauf hin, dass Frau Röder als Mitglied im Vorstand der Freiwilligenagentur keinen Diskussionsbeitrag dazu leisten darf

Herr Trieloff:

- berichtigt, dass Frau Röder im Vorstand der Stiftung Barnim/Uckermark ist

Frau Dr. Pischel:

- bedankt sich für den Hinweis und richtet ein Dankeschön an Frau Schmidt für die Ausführungen und wünscht weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit

## **TOP 13**

### **Information und Diskussion zum Lärmgutachten Kulturbahnhof Finow**

Herr Gatzlaff:

- gibt bekannt, dass die Stadtverwaltung ein Lärmgutachten in Auftrag gegeben hat und übergibt das Wort an Herrn Dr. Neubacher

Herr Dr. Neubacher:

- erläutert das Lärmgutachten der Firma BBP Bauconsulting GmbH Berlin
- informiert darüber, dass der Saal des Kulturbahnhofes ausreichend isoliert ist, so dass ab 22.00 Uhr die vorgegebenen 45 dB nicht überschritten werden
- das Problem besteht jedoch in der Abfahrt der Besucher nach 22.00 Uhr und Personen, die sich draußen aufhalten, die deutlich mehr als 45 dB Lärm produzieren
- sagt weiter, dass es keine Veranstaltungen nach 22.00 Uhr geben wird, die nicht etwas lauter sind und dass auf Einnahmen verzichtet werden muss, wenn es keine entsprechenden Veranstaltungen gibt

Herr Wrase:

- gibt zu bedenken, dass es zukünftig auch bei allen anderen Kultureinrichtungen solche Probleme geben wird
- weist darauf hin, dass eventuell Flüchtlinge im Kulturbahnhof untergebracht werden könnten

Herr Gatzlaff:

- bestätigt, dass es immer schwierig sein wird, ein kulturelles Leben in der Stadt durchzuführen

Herr Stegemann:

- fragt an, wie andere Städte das machen und ob es Ausnahmen gibt, vielleicht einmal im Monat ein Highlight,
- sieht eine kulturelle Weiterbetreuung nicht mehr gegeben

Herr Gatzlaff:

- meint, dass es überall diese Schwierigkeiten gibt und dass bei einmaligen Veranstaltungen, wie Straßenfesten Ausnahmen gelten
- sagt auch, dass Diskotheken meist in Gewerbegebiete verlegt wurden, wo andere Vorschriften gelten
- bemerkt, dass in anderen Großstädten wie Berlin entscheidend ist, wie lange es einen Club gibt und dass die Bauordnungsämter erst eintreten, wenn es Beschwerden gibt

Herr Trieloff:

- empfindet das Gutachten als niederschmetternd und möchte wissen, was es gekostet hat
- bemerkt, dass es keine gute Lösung ist, solche Orte zu schließen und ob Schallschutzmaßnahmen für das betroffene Haus möglich sind

Herr Gatzlaff:

- sagt, dass die Frage nicht beantwortet werden kann, da die 45 dB festgelegt sind

Herr Trieloff:

- weist auf Lärmschutzwände hin

Herr Gatzlaff:

- gibt zu bedenken, dass es nicht die Veranstaltungen selbst sind, sondern die Leute, die draußen stehen und die abfahrenden Autos

Frau Schostan:

- bemerkt, dass das Gutachten nicht der richtige Weg war, sondern erst überlegt werden müsste, was für Veranstaltungen dort stattfinden könnten, die nicht so lärmintensiv sind
- bedauert, dass das Gutachten nicht von einer regionalen Firma erstellt wurde

Herr Gatzlaff:

- sagt zusammenfassend, dass es für die Verwaltung immer schwierig ist, die richtige Entscheidung zu treffen und versucht werden könnte, künftig auf solche Gutachten zu verzichten

Herr Ortel:

- bittet darum, das Gutachten als Anlage der Niederschrift beizufügen, damit die Ausschussmitglieder es zur Kenntnis nehmen können

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich dahingehend, dass es ausreichend ist, das gesamte Gutachten auf dem elektronischen Weg zu schicken.

Herr Zimmermann:

- unterbreitet den Vorschlag, eine Schallschutzmauer vor dem betreffenden Haus zu errichten

Herr Gatzlaff:

- lehnt den Vorschlag mangels Machbarkeit ab (müsste auf dem Gehweg stehen)

Frau Oehler:

- fragt nach, welche Informationen zusätzlich aus dem Gutachten entnommen werden können
- ist der Meinung, dass das Problem nicht mit Schallschutzmauern gelöst werden kann
- befürchtet, dass es zukünftig auch an anderen Standorten solche Probleme geben wird

Herr Ortel:

- meint, dass für die Bewertung des Themas das Gutachten wichtig ist und die Firma in der Lage sein wird, das Gutachten auf dem elektronischen Weg zur Verfügung zu stellen

Herr Hampel:

- gibt zu bedenken, dass die Maßnahme, den Studentenclub im Ratskeller unterzubringen, nicht sinnvoll wäre, da es in der näheren Umgebung recht kritische Anwohner gibt

Herr Stegemann:

- sagt, dass es den Kulturbahnhof seit den 80er Jahren gibt und er selbst sowie viele andere ihre Jugend hier verbracht haben
- sagt weiter, dass auch Rücksicht auf die Jugendlichen genommen werden sollte, da es viel zu wenig Angebote für die heranwachsende Jugend gibt

Frau Dr. Pischel:

- merkt an, dass konstruktive Vorschläge zur weiteren Nutzung des Kulturbahnhofes unterbreitet werden sollten

Herr Roedel:

- bringt zum Ausdruck, dass eine weitere Nutzung nicht wegen einer Person scheitern kann und würde es bedauern, wenn diese Kultureinrichtung wegfallen würde

Herr Gatzlaff:

- stimmt überein, dass das Angebot für Jugendliche sehr gering ist und dass es schwierig ist, mit relativ geringen Mitteln etwas anzubieten

## **TOP 14**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

Frau Dr. Pischel beendet den öffentlichen Teil um 20.12 Uhr.

Dr. Pischel  
Vorsitzender des  
Ausschusses für Kultur,  
Soziales und Integration

Richnow  
Schriftführerin



- **Gäste**  
Petra Bierwirth

zu TOP 10